Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 14. Dezember 2012
Ausgabe 239
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› OB Ude zur Mietrechtsnovelle: Trotz Kehrtwende überwiegt die Enttäuschung 3
› Münchner Umweltpreis 2012: Drei Sieger ausgezeichnet 5
› Kranzniederlegung für Bürgermeister Jakob von Bauer 6
› Retrospektive Jean-Marie Straub im Filmmuseum 7
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 7. bis 13. Dezember 8
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Verlängerung der Tram 16 bis zur Amalienburgstraße 9
› Lärmmessungen Tram St. Emmeram 11
› Erweiterung des Hauses an der Chiemgaustraße prüfen 14

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **16**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 15. Dezember, 12 Uhr, Halle 2, Sachsenstraße 29
Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) versteigert im Gebrauchtwaren-Kaufhaus Halle 2 im Beisein von Axel Markwardt, Kommunalreferent und Erster Werkleiter des AWM, und Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des AWM, einen Bösendorfer Flügel. Die Sonderversteigerung beginnt um 12 Uhr, das Mindestgebot beträgt 2.000 Euro, gesteigert wird in 200-Euro-Schritten. Der Erlös kommt zu gleichen Teilen dem „Adventskalender für gute Werke der Süddeutschen Zeitung e.V." und der Aktion „Münchner helfen e.V." der Abendzeitung zugute.
Gleichzeitig startet am 15. Dezember mit der Eröffnung der Halle 2 um 9 Uhr die Studentenweihnachtswoche in der Halle 2: Gegen Vorlage eines Studentenausweises erhalten Studenten vom 15. bis 21. Dezember 50 Prozent Rabatt auf alle Artikel.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Montag, 17. Dezember, 18 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht die Fassadenpreise 2011 der Landeshauptstadt München und den „Denkmalpreis 2011" der Baudenkmalstiftung München – Deutsche Stiftung Denkmalschutz.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Dienstag, 18. Dezember, 11 Uhr, Nordumgehung Pasing, Verkehrsfläche vor dem neuen Terminalgebäude
Oberbürgermeister Christian Ude gibt gemeinsam mit Baureferentin Rosemarie Hingerl und dem Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, die Nordumgehung Pasing (NUP) symbolisch für den Verkehr frei. Der Akt findet im Rahmen eines Bürgerfestes auf der Verkehrsfläche vor dem neuen Terminalgebäude mit geladenen Gästen statt. Ab 20. Dezember wird der Verkehr offiziell über die NUP rollen. Die NUP entlastet den historischen Ortskern Pasings vom Durchgangsverkehr und setzt dadurch einen Meilenstein zur Aufwertung des Pasinger Zentrums.
Achtung Redaktionen: Die Verkehrsfreigabe der Nordumgehung Pasing ist für Foto- und Filmaufnahmen geeignet. Der symbolische Akt mit Durch-

schneiden eines Bandes und Fahrzeugkorso erfolgt um zirka 12.15 Uhr. Danach findet ein Rundgang der Redner zu den Informationsständen des Baureferates statt. Auch Pressevertreter können an dem Rundgang teilnehmen. An den Informationsständen besteht die Möglichkeit für Interviews. Anmeldungen werden heute noch bis 15 Uhr per E-Mail an presse.bau@muenchen.de erbeten.

Dienstag, 18. Dezember, 18 Uhr,
Verkehrszentrum – Deutsches Museum, Halle III, Am Bavariapark 5
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Eröffnung der Sonderausstellung „Aufgeladen! – Elektromobilität zwischen Wunsch und Wirklichkeit" des Verkehrszentrums des Deutschen Museums. Die Ausstellung blickt zurück in die Geschichte, beschreibt den aktuellen Stand der Technik und zeigt an Beispielen, wie zukünftige Mobilitätskonzepte aussehen könnten.

Mittwoch, 19. Dezember, 10 Uhr, Ratskeller, Raum Botticelli
Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Neues vom Münchenstift" von Gerd Peter, Geschäftsführer der Münchenstift GmbH.

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 21. Dezember, 14 bis 15.30 Uhr,
BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (nicht barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel.

Meldungen

OB Ude zur Mietrechtsnovelle: Trotz Kehrtwende überwiegt die Enttäuschung
(14.12.2012) In einer Stellungnahme zur gestern im Bundestag beschlossenen Mietrechtsnovelle betont Oberbürgermeister Christian Ude, dass trotz eines Meinungsumschwungs der schwarz-gelben Regierungsmehrheit die Enttäuschung bei Deutschlands Mietern überwiegt.

Gerade aus Münchner Sicht sei es zu begrüßen, dass die Forderung des Münchner Stadtrats, die Kappungsgrenze auf 15 Prozent zu reduzieren jetzt endlich in die Tat umgesetzt worden sei, „wenn auch in einer denkbar unpraktischen Art und Weise". Der Münchner Stadtrat fordere seit dem 14. Dezember 1994, also seit fast zwei Jahrzehnten, die Herabsetzung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren, von damals 30 auf 15 Prozent. Dies sei vom Bundestag zunächst vollständig abgelehnt, unter Bundeskanzler Gerhard Schröder aber mit einer Reduzierung auf 20 Prozent wenigstens teilweise erfüllt worden. Nun habe der Gesetzgeber diese Forderung endlich aufgegriffen, allerdings in der unnötig komplizierten Weise, dass erst der Landesgesetzgeber entsprechende Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf festsetzen müsse. Dazu Ude: „Diese Hürde löst wieder einmal großen bürokratischen Aufwand aus und ist vollkommen unverständlich, da drastische Mieterhöhungssprünge ohnehin nur in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf auftreten." Die Stadt München werde jetzt aufmerksam verfolgen, ob der Bayerische Landtag nun auch tatsächlich von der Möglichkeit Gebrauch mache, die Kappungsgrenze herabzusetzen.

Eine „volle Enttäuschung" sei dagegen die Weigerung der Regierungskoalition, die Umlage von Modernisierungskosten ebenfalls zu reduzieren. Diese elfprozentige Umlage pro Jahr werde wegen der milliardenschweren energetischen Sanierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren der Hauptpreistreiber auf dem Mietmarkt sein. „Bei den heute extrem niedrigen Zinsen, die beim Hausbesitzer zur Finanzierung seiner Maßnahmen anfallen, bedeuten elf Prozent Umlage auf die Miete, dass der Mieter die Kosten schon nach einigen Jahren vollkommen getilgt hat, aber trotzdem die erhöhte Miete weiterhin bezahlen muss. Dies ist ein enteignungsgleicher Eingriff, eine skandalöse dauerhafte Mehrbelastung ohne sachlichen Grund. Die Opposition im Bundestag hatte mit Recht gefordert, den Prozentsatz zu kürzen und die Umlagefähigkeit zu befristen."

Eine „bittere Pille" ist die Mietrechtsnovelle nach Ansicht des Oberbürgermeisters auch für alle Wohnungssuchenden, „denn bei Neuvermietungen gilt überhaupt keine Bindung an den Mietspiegel, wie sie die Opposition und der Deutsche Mieterbund beantragt hatten. Damit wird sich die Preisspirale weiterhin nach oben drehen, denn die überhöhten Mieten bei neuen Vertragsabschlüssen sind der Maßstab künftiger Mieterhöhungen bei allen Wohnungen." Die Stadt werde deshalb weiterhin darauf drängen, dass alle ihre seit 1994 immer wieder erhobenen Forderungen zum Mietrecht Berücksichtigung finden, „damit die dramatische Entwicklung des Mietenniveaus endlich durch gesetzgeberische Maßnahmen gebremst wird".

Münchner Umweltpreis 2012: Drei Sieger ausgezeichnet

(14.12.2012) Engagement, Eigeninitiative und innovative Ideen beim Umweltschutz beweisen die diesjährige Trägerin sowie die Träger des Münchner Umweltpreises 2012. Bei einer Feierstunde im großen Sitzungssaal des Rathauses am Donnerstag, 13. Dezember, hat Bürgermeister Hep Monatzeder Jens Mittelsten Scheid, Dr. Solveig Tietz und die Bäckerei Neulinger ausgezeichnet. Der Münchner Umweltpreis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert, der Betrag wird auf die Preisträger paritätisch verteilt und muss in den Umweltschutz reinvestiert werden. Finanziert wird das Preisgeld über das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU).

- **Jens Mittelsten Scheid** ist Gründer und Motor der Stiftung „anstiftung & ertomis", die das Haus der Eigenarbeit betreibt und mittlerweile elf interkulturelle Gärten auch in München (beispielsweise in Berg am Laim an der Gotteszeller Straße oder den Bienengarten in Hadern) ins Leben gerufen hat. In den Gärten arbeiten, harken und jäten Menschen unterschiedlichster Herkunft gemeinsam und setzen sich zugleich für die Begrünung der Stadt ein. „Jens Mittelsten Scheid zeigt nicht nur hohes Engagement, Freude und Einsatzbereitschaft am Umweltschutz, er finanziert seine Projekte aus dem eigenen Vermögen ohne auf Fördermittel zurückzugreifen", sagte Monatzeder in seiner Laudatio. „Jens Mittelsten Scheid ist eine hoch angesehene Stiftungspersönlichkeit, die weit über die Grenzen Münchens bekannt ist. Mit seinem interdisziplinären Ansatz in den interkulturellen Gärten wirkt er absolut motivierend auf die Stadtgesellschaft."
- **Dr. Solveig Tietz** ist Biologielehrerin am Städtischen Thomas-Mann-Gymnasium und engagiert sich mit hohem Einsatz für die Umweltbildung. Die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit hat sie fächerübergreifend an der Schule etabliert und die Lehrpläne um diese Themen bereichert. „Die Isar-Renaturierung ist ihr ein großes Anliegen, das sie ihren Schülerinnen und Schülern mit Freude und großem Fachwissen vermittelt", sagte Monatzeder. „Dank des unermüdlichen Einsatzes von Dr. Solveig Tietz für den Umweltschutz trägt das Städtische Thomas-Mann-Gymnasium bereits zum siebten Mal in Folge das Prädikat Europäische Umweltschule."
- Die **Bäckerei Neulinger** ist das einzige 2012 mit dem Münchner Umweltpreis ausgezeichnete Unternehmen. „Sie haben mit einer wahrlich findigen Idee überzeugt", teilte Monatzeder mit. Die Bäckerei Neulinger nutzt die anfallende Abwärme aus der Bäckerei, um ein mehrstöckiges Wohnhaus zu beheizen. Dies spart jährlich 6,8 Tonnen Kohlendioxid und 3.000 Kubikmeter fossiles Erdgas ein. „Das ist innovativ und beispielhaft", erklärte Monatzeder. Die Bäckerei Neulinger ist Mitglied im Mün-

chen für Klimaschutz-Club, dessen Schirmherr Monatzeder ist. Mitglieder des Clubs stammen aus Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und Institutionen. Sie setzen sich gemeinsam mit der Landeshauptstadt München in diversen Projekten für den nachhaltigen Klimaschutz ein.
„Sie leisten einen wertvollen Beitrag für die Münchner Stadtgesellschaft – denn Sie betreiben aktiven Umweltschutz und sind zugleich Vorbilder", sagte Monatzeder an die drei Ausgezeichneten gewandt. Für den Münchner Umweltpreis 2012 sind insgesamt zwölf Bewerbungen und Vorschläge im RGU eingegangen. Verliehen wird die Auszeichnung seit 1994 von einer 14-köpfigen Jury aus Stadträtinnen und Stadträten, Vertreterinnen und Vertretern von Umweltverbänden, Hochschulen, Standesvertretungen und der Stadtverwaltung. Um das Thema Umweltbildung zu stärken, ist die Jury 2010 um eine Vertreterin beziehungsweise einen Vertreterin des Referates für Bildung und Sport erweitert worden. Der Münchner Umweltpreis wurde heuer zum 17. Mal für herausragende Aktivitäten in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz vergeben.

Kranzniederlegung für Bürgermeister Jakob von Bauer
(14.12.2012) Zum 225. Geburtstag von Dr. Jakob von Bauer (1787 - 1854) legt die Landeshauptstadt München am Mittwoch, 19. Dezember, an seiner Grabstätte im Alten Südlichen Friedhof (Eingang Neue Arkaden), Grabstelle NA - 174, einen Kranz mit Stadtschleife nieder. Jakob von Bauer wurde 1838 zum 1. rechtskundigen Bürgermeister von München gewählt. Er hatte dieses Amt bis zu seinem Tod 1854 inne.
Jakob von Bauer gilt als Vorkämpfer der kommunalen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Seine Amtszeit war geprägt von der Auseinandersetzung zwischen der von ihm vertretenen Bürgerschaft mit König Ludwig I. Zudem war der damalige 1. Bürgermeister von München der Initiator des ersten kommunalen Landschaftsparks, der „Flaucher-Anlagen", die ab 1839 in den südlichen Isarauen als Pendant zum königlichen Englischen Garten angelegt wurden. Beginnend im Jahr 1839 führte Jakob von Bauer unter großen politisch-administrativen Schwierigkeiten dieses aufwändige Projekt durch. An den Einsatz des Bürgermeisters erinnert ein Denkmal mit der Büste Jakob von Bauers nördlich der heutigen Brudermühlbrücke auf der linken Isarseite. Zudem kann Jakob von Bauer auch als „Gründungsvater" der Münchner Stadtgartendirektion, heute die Hauptabteilung Gartenbau im Baureferat, angesehen werden: Er hatte im Jahr 1839 die Stadtgärtnerei in München begründet.
Im Rahmen des Gedenkens an Jakob von Bauer findet am 19. Dezember um 16.30 Uhr an seinem Grab eine Gedenkfeier statt. Es spricht Alexander Miklosy, Vorsitzender des Bezirksausschusses Isarvorstadt - Lud-

wigsvorstadt. Um 18 Uhr lädt darüber hinaus das Münchner Forum e.V. zur historisch-aktuellen Gesprächrunde in die Gaststätte „Flaucher", Isarauen 8, ein. Mitveranstalter sind die Bezirksausschüsse 2 (Isarvorstadt - Ludwigsstadt) und 6 (Sendling).

Retrospektive Jean-Marie Straub im Filmmuseum

(14.12.2012) Vom 18. Dezember bis 21. Februar zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St. Jakobs-Platz 1, zu Ehren von Jean-Marie Straub, der am 8. Januar 1933 in Metz geboren wurde, eine vollständige Retrospektive seiner Filme in 19 Programmen. Die Filme von Straub und seiner Frau Danièlle Huillet, die bis zu ihrem Tod am 9. Oktober 2006 an allen Filmprojekten Straubs maßgeblich beteiligt war, sind politische Filme, die alle nach literarischen, musikalischen oder bildnerischen Vorlagen entstanden sind.

Aufsehen erregte Jean-Marie Straub 1962 mit seinem Kurzfilm „Machorka-Muff" nach Heinrich Böll über die gerade gegründete Bundeswehr und die anstehende Wiederbewaffnung, der bis heute nichts von seiner ästhetischen und politischen Sprengkraft verloren hat. Auch sein nächster Film „Nicht versöhnt oder Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht" (1965) entstand ebenfalls nach einem Roman von Böll, „Billard um halbzehn". „Chronik der Anna Magdalena Bach" (1967) war der Film, für dessen Recherche es Jean-Marie Straub 1958 nach Deutschland zog, als er auf der Suche nach Materialien für seine Filmbiografie war. Danach drehten die Straubs in der Schweiz, in Italien, Österreich und Frankreich, machten unter anderem Filme über eine Oper von Arnold Schönberg („Moses und Aron", 1974), über Kapitalismus und Klassenkämpfe, in „Klassenverhältnisse" (1984) mit Mario Adorf, Laura Betti und Harun Farocki als Starbesetzung.

Die Retrospektive schließt am Donnerstag, 21. Februar, um 19 Uhr mit allen fünf (Kurz)Filmen des Gedichtzyklus nach Cesare Pavese, darunter Straubs bislang neuestes Werk „La Madre" (2012).Pressefotos können auf Anfrage unter Telefon 2 33-2 05 38 zugeschickt werden.

Sämtliche Termine und weitere Informationen zu den einzelnen Filmen befinden sich im Programmheft des Filmmuseums unter *www.filmmuseum-muenchen.de.* Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro (Aufschlag bei Überlänge). Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich. Das Filmmuseum hat vom 23. Dezember bis 5. Januar Weihnachtspause.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 7. bis 13. Dezember
(14.12.2012) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Einsatzzahlen:
Streuguteinsatz:
Salz: 2.507 t Splitt: 5.220,8 t
Kosten der Einsatztage: 2.627.299,54 Euro
Davon war der einsatzintensivste Tag nach Zahlen der 11. Dezember:
Im Einsatz waren an diesem Tag 782 Personen mit 595 Fahrzeugen, die 714,3 t Salz und 679,9 t Splitt ausbrachten.
Bisherige Bereitschaftstage: 17
Bisherige Einsatztage: 30
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2012/2013: 5.184.373,85 Euro

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche
Dienstag, 18. Dezember
14.30 Uhr Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal
Mittwoch, 19. Dezember
9.00 Uhr Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 14. Dezember 2012

Verlängerung der Tram 16 bis zur Amalienburgstraße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 13.8.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Mit Ihrem o.g. Antrag stellen Sie die Forderung, die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) möge die Tramlinie 16 dauerhaft bis zur Amalienburgstraße führen. Hierbei handelt es sich um einen Vorgang, der dem operativen Geschäftsbereich der SWM zuzuordnen ist, und in Folge um eine laufende Angelegenheit der Verwaltung (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO, § 22 GeschO), die nicht gemäß § 60 Abs. 9 GeschO im Stadtrat zu behandeln ist. Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Die MVG stellt in ihrer Stellungnahme dar, dass die Tramlinien 12 und 16 im Regelbetrieb verknüpft sind, d.h., die Fahrgäste können vom Rotkreuzplatz umsteigefrei über den Romanplatz Richtung Arnulfstraße oder umgekehrt weiter fahren. Durch die baustellenbedingte Umstellung der Linie 12 auf einen Busersatzverkehr musste diese Verknüpfung vorübergehend aufgegeben werden. Somit hätte die Linie 16 aus der Innenstadt kommend am Romanplatz wenden müssen. Da dies nur unter erheblichem betrieblichen Aufwand und unter Inkaufnahme von qualitativen Einbußen im Fahrplan hätte funktionieren können, wurde die Linie 16 quasi als veröffentlichte Wendefahrt während der Baumaßnahmen bis zur Amalienburgstraße verlängert.

Diese Linienführung war auch nur deshalb möglich, da durch die Umstellung der Linie 12 auf Busverkehr genügend Trambahnfahrzeuge zur Verfügung standen. Im Regelbetrieb, also wenn die Linie 12 wieder fahrplanmäßig verkehrt, stehen diese Tramfahrzeuge nicht zur Verfügung. Eine dauerhafte Verlängerung der Linie 16 zur Amalienburgstraße hätte daher eine Beschaffung mindestens eines weiteren Trambahnfahrzeugs zur Folge. Die Fahrgastzahlen im Abschnitt Romanplatz-Amalienburgstraße rechtfertigen allerdings derzeit keine Taktverdichtung, so dass sowohl die zu fahrenden

Mehrleistungen als auch die dazu notwendige Mehrbeschaffung von Trambahnzügen in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zum Nutzen stehen.

Die MVG beobachtet und analysiert selbstverständlich im Zuge der Planungen zum Leistungsprogramm jährlich die Entwicklungen der Fahrgastzahlen auf allen Linienästen im Tramnetz. Sollten sich entsprechende Fahrgaststeigerungen ergeben oder sich Fahrgastströme signifikant verlagern, ist eine Anpassung der Fahrpläne nicht ausgeschlossen. Im vorliegenden Fall ist dies derzeit aber nicht absehbar.
Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Lärmmessungen Tram St. Emmeram
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 29.10.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 29.10.2012 führen Sie als Begründung aus:

„Nach wie vor beklagen sich viele Anwohner der neuen Tram Strecke nach St. Emmeram über die Lärmbelastung durch den Tramverkehr. Im April 2012 wurden deshalb Lärmmessungen in der Cosimastraße, auch in Wohnungen und auf Balkonen entlang der Tramstrecke durchgeführt. Ergebnisse dieser Messungen sind aber den Anwohnern und der Öffentlichkeit bislang nicht bekanntgegeben worden."

Anhand einer Stellungnahme der Stadtwerke München GmbH (SWM) können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der SWM:
Da sich die Beschwerden über Schallimmissionen nach der Inbetriebnahme der Tram St. Emmeram auf einige wenige Stellen entlang der Strecke beschränkten, wurden nach dem Ortstermin am 17.02.2012 von den SWM Messungen veranlasst. Hierbei wurde der sogenannte primäre Luftschall, d.h. Schall, der direkt durch die Tram entsteht, bei sechs Anwohnern sowie die Erschütterungen und der sogenannte sekundäre Luftschall, d.h. Schall, der indirekt infolge von durch die Tram verursachten Erschütterungen entsteht, bei drei dieser sechs Anwohner gutachterlich gemessen.

Im Einzelnen war durch die Messungen zu überprüfen, ob die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden.
Nach Auswertung der Messergebnisse im Mai 2012 wurde festgestellt, dass bei drei der sechs Anwohner die Messungen sehr gut mit den Prognosen aus der Planfeststellung korrelierten. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die Messungen aufgrund von nicht unterdrückbaren Hintergrundgeräuschen (z.B. durch den Kfz-Verkehr) systembedingt einer gewissen Streuung unterliegen.
Bei den anderen drei Anwohnern mussten die Messungen teilweise oder ganz wiederholt werden, weil die Messungen u.a. aufgrund von parallel zu großen Störgeräuschen des Kfz-Verkehrs bzw. wegen einer massiven Verkehrsstörung auf dem Mittleren Ring nicht repräsentativ waren.

Ergebnisse:
Die Prognosen zum Erschütterungsschutz/sekundären Luftschall wurden bestätigt. Die Tram ist in den Gebäuden zweifellos als Geräusch oder leichte Vibration wahrnehmbar. Die Erschütterungen sind jedoch so gering, dass das Schutzziel des maßgebenden Bundesimmissionsschutzgesetzes hinsichtlich Immissionen aus Erschütterungen und sekundärem Luftschall nicht nur erfüllt ist, sondern die Grenzwerte der einschlägigen Normen sogar deutlich unterschritten werden.
Beim primären Luftschall kann nach den Wiederholungsmessungen festgestellt werden, dass die bestehenden Immissionsgrenzwerte der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung eingehalten werden.

Frage 1:
Liegen die Messergebnisse der Lärmmessungen vom April 2012 entlang der Tramstrecke nach St. Emmeram der MVG und/oder städtischen Behörden vor?

Antwort der SWM:
Die Messergebnisse der Lärmmessungen vom April 2012 an drei Anwesen liegen den SWM vor. An drei weiteren Anwesen werden die Ergebnisse derzeit zusammengestellt.

Frage 2:
Wenn ja, wie ist das Ergebnis dieser Messungen ausgefallen, welche Lärmpegel, auch an Haltestellen und Kreuzungen werden im Einzelnen erreicht?

Antwort der SWM:
Zu den Ergebnissen darf auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen werden. Messungen wurden nur dort vorgenommen, wo ein Vergleich mit Prognosen aus der Planfeststellung möglich war. Daher wurde nur an und in Privatanwesen in Abstimmung mit den jeweiligen Anwohnern gemessen, nicht aber an Haltestellen oder Kreuzungen.

Frage 3:
Warum wurden die Ergebnisse dieser Lärmmessungen vom April 2012 bislang nicht veröffentlicht?

Antwort der SWM:
Die Messergebnisse wurden den drei Anwohnern per E-Mail im Mai bzw. August 2012 mitgeteilt, ebenso die verwertbaren Ergebnisse der Erschüt-

terungsmessungen und das Erfordernis der Wiederholung bei den drei anderen Anwohnern. Die Messergebnisse vom September 2012 werden aktuell vom Gutachter zusammengestellt und den Anwohnern anschließend zeitnah übermittelt.

Frage 4:
Welche Konsequenzen werden aus den Ergebnissen der Lärmmessungen durch die MVG bzw. die zuständigen städtischen Stellen gezogen?

Antwort der SWM:
Die Untersuchungen haben ergeben, dass alle gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund besteht für die SWM kein aktueller Handlungsbedarf.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Erweiterung des Hauses an der Chiemgaustraße prüfen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Marian Offman und Josef Schmid (CSU) vom 5.10.2012

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

In Ihrem Antrag vom 05.10.2012 bitten Sie um Prüfung und Bericht, ob die soziale Einrichtung „Haus an der Chiemgaustraße" des Katholischen Männerfürsorgevereins im Anwesen Chiemgaustraße 21 auf dem Nachbargrundstück erweitert werden kann und dies mit der Nutzung des Geländes an der Aschauer Straße als Betriebshof der Straßenreinigung vereinbar ist. Sie führen begründend aus, dass der Katholische Männerfürsorgeverein München e.V. seine Einrichtung an der Chiemgaustraße 120 erweitern möchte, da der Bedarf an Wohnraum für benachteiligte und kranke Menschen kontinuierlich zunimmt.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung teilt Ihnen hierzu mit, dass sich das Anwesen Chiemgaustraße 120, Fl. Nr. 16236/3, sowie das unmittelbar östlich und südlich angrenzende Grundstück Fl. Nr. 16236/16 im Geltungsbereich des seit 30.09.1993 rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. 1748 befinden.

Die Bebaubarkeit der beiden städtischen Grundstücke beurteilt sich damit planungsrechtlich nach § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch – BauGB. Demnach ist ein Vorhaben planungsrechtlich zulässig, wenn es den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht widerspricht.

Unter anderem trifft der Bebauungsplan folgende Festsetzungen:
- Maß der baulichen Nutzung: Grundflächenzahl (GRZ) 0,4; Geschossflächenzahl (GFZ) 1,1; IV Vollgeschosse
- Art der baulichen Nutzung: Mischgebiet

Der Bebauungsplan setzt auf einer Fläche von ca. 3122 m² Mischgebiet fest. Der ausgewiesene Bauraum ist damit insgesamt auf einer Grundfläche von ca. 1249 m² und einer Geschossfläche von ca. 3434 m² bebaubar. Hiervon ist durch das Gebäude Chiemgaustraße 120 bereits eine Grundfläche von ca. 744 m² und eine Geschossfläche von 2737 m² verbaut.

Dies bedeutet, dass planungsrechtlich im ausgewiesenen Bauraum noch eine Erweiterung des „Hauses an der Chiemgaustraße“ des Katholischen Männerfürsorgevereins auf dem östlich angrenzenden Nachbargrundstück Fl. Nr. 16236/16 mit einer Grundfläche von ca. 559 m² und einer Geschossfläche von ca. 697 m² möglich wäre.

Sofern es sich um keine soziale Einrichtung gem. § 6 Abs. 2 Nr. 5 Baunutzungsverordnung – BauNVO handelt, möchten wir darauf hinweisen, dass entsprechend § 2 Abs. 2 der Festsetzungen des Bebauungsplans nur in den ersten zwei Geschossen Wohnungen zulässig sind. Eine abschließende planungsrechtliche Bewertung hierzu ist nur unter Vorlage einer konkreten Nutzungsbeschreibung möglich.

Bezüglich des Außenlärms trifft § 9 des Bebauungsplans Regelungen, die bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen sind. Gegebenenfalls sind durch technische Vorkehrungen entsprechende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Die im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vertretenen Fraktionen erhalten einen Abdruck dieses Schreibens.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 14. Dezember 2012

Maximale Mietpreiserhöhung von 15% für München einführen – Freistaat Bayern soll Bundesgesetz umsetzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Lotte, Alexander Reissl und Beatrix Zurek (SPD)

Planungen des Freistaats auf dem Gelände der ehemaligen McGraw-Kaserne
Anfrage Stadtrat Alexander Reissl (SPD)

Merkwürdigkeiten in der GWG-Maikäfer-Siedlung
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper und Eva Caim (CSU)

Umgestaltung Marienhof
Antrag Stadträtin Mechthilde Wittmann (CSU)

Kann die Rückabwicklung des Grundstücksverkaufs für die Griechische Schule in Berg am Laim beschleunigt werden?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Andreas Lotte
Stadträte
Beatrix Zurek
Stadträtin

14.12.2012

Maximale Mietpreiserhöhung von 15% für München einführen – Freistaat Bayern soll Bundesgesetz umsetzen

Antrag

Die Stadt München fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sobald wie möglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Mieten in München nur noch bis zu 15 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden können.

Begründung:

Die Koalition in Berlin hat sich in dieser Woche auf eine Mietrechtsreform geeinigt. Bisher dürfen Vermieter die Miete bis zu 20% innerhalb von drei Jahren erhöhen. Diese Obergrenze wurde nun auf 15% gesenkt. Der Bund ermächtigt die Länder eine Verordnung zu erlassen und die Städte zu benennen, in denen „die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist“.
Diese Voraussetzung trifft für München zu. Deshalb erwartet die SPD-Stadtratsfraktion, dass der Freistaat diese Verordnung erlässt und endlich zum Mieterschutz beiträgt.

gez
Alexander Reissl
Stadtrat

gez.
Andreas Lotte
Stadtrat

gez.
Beatrix Zurek
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

München, den 14.12.2012

Planungen des Freistaats auf dem Gelände der ehemaligen McGraw-Kaserne

Anfrage:

Das Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne dient seit Abzug der US-Truppen 1992 diversen Übergangsnutzungen. Der neue Grundstückseigentümer Freistaat Bayern zeigte in der Vergangenheit allerdings eine nur geringe Bereitschaft, das gesamte Areal zügig zu entwickeln. Die Planungen laufen nunmehr seit ca. 15 Jahren. Ein Wettbewerbsergebnis liegt bereits seit 1997 vor, wurde aber bisher nicht umgesetzt. Angesicht knapper Flächen für dringend benötigte neue Wohnungen in München ist ein rasches Handeln des Freistaats geboten.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie wird das Gelände aktuell genutzt? Welche Flächenanteile liegen brach?

2. Hat das Referat Kenntnis von Überlegungen des Freistaats Bayern, auf diesem Areal in absehbarer Zeit Wohnungen zu bauen?

gez. .
Alexander Reissl
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Robert Brannekämper
Stadträtin Eva Caim

ANFRAGE
14.12.12

Merkwürdigkeiten in der GWG-Maikäfer-Siedlung

Bild1

Mit dem aktuellen Corporate Social Responsibility (!) Report veröffentlicht die GWG München zum dritten Mal einen standardisierten Jahresbericht zur umfassenden Verantwortung in der Unternehmensführung.
Leider ist von der Verantwortung gegenüber den Nachbarn der Maikäfer-Siedlung nichts zu merken.
Nachdem sich die Interessensgemeinschaft Maikäfersiedlung über die radikalen Baumschnitte bei der GWG-Leitung und im Bezirksausschuss beschwert hatte, wurden ihnen Bauzäune vor ihren kleinen Gärtenausgänge errichtet – mit der skurrilen Begründung, Sicherheitsaspekte würden diese notwendig machen, obwohl bei den Einweihungsfeierlichkeiten am 10. Oktober 2012 bereits alle Flächen der öffentlichen Nutzung freigegeben worden waren.
Aber auch viele andere Fragen stellen sich, beispielsweise warum der Kinderspielplatz abweichend vom Freiflächengestaltungsplan angelegt wurde(besondere Situierung) und bis Anfang Dezember 2012 keine Plantektur nachgereicht wurde, wie bei einer Akteneinsicht festgestellt werden konnte.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Deshalb fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Warum wurden zahlreiche Bäume auf dem Grundstück der GWG-Siedlung gefällt? (Bild1)
2. Warum wurden die bestehenden Bäume dermaßen massiv und baumschädlich zugeschnitten? (Bild 3)
3. Warum wurde der Kinderspielplatz abweichend vom genehmigten Freiflächengestaltungsplanes mehrere Meter auf dem Grundstück verschoben?
4. Ist es der neue Stil der GWG, Nachbarn, in diesem Fall der alteingesessenen Maikäfersiedlung, die wegen der rigiden Baumverschandelung bei der GWG nachfragten, wochenlang mit Bauzäunen zu traktieren, Flucht- und Rettungswege vorsätzlich zu blockieren und eine Gefährdung für Leib und Leben der Anwohner in Kauf zu nehmen?
5. Warum findet auf dem Dach des GWG-Maikäfer-Siedlung Gebäudekomplexes an der Bad-Schachener-Straße eine Videoüberwachung statt? Wer und was soll gefilmt und überwacht werden? Sind die betroffenen Mieter und Besucher über diese Überwachungsmaßnahme informiert? (Bild 4)

Bild2

Bild3

Bild4

Robert Brannekämper, Stadtrat

Eva Caim, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Mechthilde Wittmann

ANTRAG
14.12.12

Umgestaltung Marienhof

Die derzeit brach liegende Fläche auf dem Marienhof wird teilweise mit einer provisorischen öffentlichen Rasenfläche begrünt und teilweise Schulen zur Verwirklichung von Schulprojekten im gärtnerischen/handwerklichen Bereich überlassen, bis die Fläche für die Realisierung der 2. S-Bahn-Stammstrecke benötigt wird.

Das Baureferat unterstützt ausgesuchte Projekte im Bereich der Anlieferung und einzelnen größeren Arbeiten soweit nötig.

Begründung:
Der Marienhof, der eigentlich ein Schmuckstück im Herzen der Stadt und als "Vorgarten" des Rathauses sein sollte, ist nach seiner - eher verlegenheitsbedingten - Nutzung als grüne Erholungsfläche für die dort Rast Suchenden in den letzten Jahren mehr oder weniger sinnvoll großen Baugrabungen und schließlich Ausgrabungen ausgesetzt gewesen. Für die Münchnerinnen und Münchner sowie die Besucher der Stadt faktisch eine scheußliche Grube, die in diesem Zustand keiner Bereicherung darstellte.

Nun rückt die 2. S-Bahn-Stammstrecke wieder in greifbare Nähe. Gleichzeitig kann und sollte nicht schon wieder voreilig gegraben und gebaggert werden, bevor nicht Finanzierung und Pläne tatsächlich Umsetzungsreife haben, dies ist auch derzeitiger Stand der Überlegungen der betroffenen Verwaltungseinheiten.

Vor diesem Hintergrund könnte die Fläche, die nun bis auf Weiteres eine wenig attraktive Brachfläche darstellt, einerseits einer öffentlichen Nutzung zugeführt und andererseits Schulen zur Verfügung gestellt werden, die sich mit temporären Projekten vornehmlich im gärtnerischen Bereich auf dieser Fläche präsentieren könnten. Dadurch würde in der Übergangszeit der Marienhof sicherlich aufgewertet werden. Dabei sollte kurzfristig und unkonventionell ein Art Ausschreibungs- und Bewerbungsvorschlag an die Schulen ergehen, die eingereichten Vorschläge ebenso zeitnah vorgelegt und entschieden werden, damit die Fläche ggf. bereits zum Frühjahr belegt werden kann.

Mechthilde Wittmann, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Hans Podiuk
Stadträtin
Beatrix Burkhardt
ANFRAGE
14.12.12

Kann die Rückabwicklung des Grundstücksverkaufs für die Griechische Schule in Berg am Laim beschleunigt werden?

Weil die Republik Griechenland ihrer vertraglich vereinbarten Verpflichtung zum Bau einer Griechischen Schule innerhalb von 4 Jahren nach Erteilung der Baugenehmigung nicht nachgekommen ist (Fristende 22.08.2012),hat der Stadtrat beschlossen, den Kaufvertrag zum frühest möglichen Zeitpunkt rückabwickeln. Auf ein Erinnerungsschreiben der Landeshauptstadt München wurde die Vorlage eines Finanzierungsnachweises in Aussicht gestellt, weil angeblich das Geld im Jahr 2013 durch die griechische Regierung zur Verfügung gestellt werden soll.

Nun ist aber aktuell in der Presse zu lesen, dass am Griechischen Lyzeum in Trudering derzeit ein Großteil des Unterrichts entfallen muss, weil wegen der Finanzkrise die Lehrer nicht mehr finanziert werden können. Außerdem wurde veröffentlicht, dass die SWM-Bildungsstiftung mit einem neuen Projekt „Brücke – Gefira“ den hier lebenden griechischen Jugendlichen den Anschluss an das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem erleichtern will, weil die griechische Regierung im Herbst 2011 beschlossen hat, den Betrieb der griechischen Lyzeen (Klasse 10 – 12) im Ausland einzustellen.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wie wird angesichts der Tatsache, dass aus finanziellen Gründen der Betrieb bestehender griechischen Schulen in München nicht mehr gesichert ist und Schulschließungen wie z.B. in Augsburg drohen, die Wahrscheinlichkeit des Neubaus einer griechischen Schule in Berg am Laim gesehen?
2. Mit welchen Maßnahmen kann – wenn bis 31.01.2013 kein belastbarer Finanzierungsnachweis und Bauzeitplan vorliegen – die Rückübereignung beschleunigt werden?
3. Wie ist die derzeitige Schulsituation im 14. Stadtbezirk und wann ist der Neubau einer weiteren Grund- und Mittelschule notwendig um insbesondere die Ganztagsbetreuung bedarfsgerecht ausbauen zu können?

Hans Podiuk, Stadtrat

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, www.csu-rathaus-muenchen.de